

AUFSÄTZE

Helmut Kohl, Österreich und die europäische Integration*

Hanns Jürgen Küsters

Die vertiefte Erforschung der „Ära Kohl“¹ hat für die deutsche wie für die europäische Zeitgeschichtsforschung herausragende Bedeutung. Als Helmut Kohl am 1. Oktober 1982 nach dem konstruktiven Misstrauensvotum gegen Helmut Schmidt zum Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt worden war, konnte niemand ahnen, dass seine Regierungszeit 16 Jahre bis 1998 dauern sollte. Erst recht nicht war abzusehen, wie fundamental sich in diesen Jahren die Tektonik in Europa und weltweit ändern würde. Mit dem Fall der Mauer in Berlin 1989 ging der Kalte Krieg zu Ende, der Ostblock brach zusammen, Deutschland erlangte 1990 seine Einheit wieder und die Sowjetunion zerfiel 1991. Aus den faktischen auf Westeuropa ausgerichteten Europäischen Gemeinschaften entstand nach dem Maastricht-Vertrag 1992 die Europäische Union. Anfang der 1980er Jahre noch eine Neuner-Gemeinschaft, war die EU binnen anderthalb Jahrzehnte auch durch den Beitritt Österreichs um Zweidrittel auf 15 Mitglieder erweitert worden. Österreich wechselte von der Rolle des Zuschauers der EG in die Position des aktiven Teilnehmerlandes.

Schaut man etwas genauer auf das Thema, so verbergen sich dahinter drei große Forschungsbereiche: nämlich „Helmut Kohl und Österreich“, „Helmut Kohl und die europäische Integration“ sowie „Österreich und die europäische Integration“. Die folgenden Ausführungen konzentrieren sich deshalb auf zwei Aspekte „Helmut Kohl und Österreich“ sowie „Helmut Kohl und die europäische Integration“. Der Komplex „Österreich und die europäische Integration“ verdient mehrere monographische Studien und wird hier nur im Rahmen der beiden anderen Themen behandelt.

Im Folgenden soll es um zwei Fragen gehen. Zum einen: Welche Beziehungen pflegte Helmut Kohl zu Österreich, vor allem zu den ÖVP-Politikern, und wie rezipierte er vor und während seiner Kanzlerschaft das Land? Und zum anderen: Welche Vorstellungen und Ziele verband er mit der europäischen Integration?

* Erweiterte Fassung des Vortrags im Rahmen einer Veranstaltung des Karl-Vogelsang-Instituts am 30. Mai 2012 in Wien.

1 Günter Buchstab/Hans-Otto Kleinmann/Hanns Jürgen Küsters (Hg.): Die Ära Kohl im Gespräch. Eine Zwischenbilanz. Köln u. a. 2010.

Helmut Kohl und Österreich

Das Verhältnis Helmut Kohls zu Österreich ist zuallererst von engen persönlichen Bindungen und Erlebnissen geprägt. Hier verlobte er sich im Sommer 1959 auf dem Weg von Linz zum Neusiedler See mit seiner damaligen Freundin Hannelore², seit den 1960er Jahren verbrachte er in Sankt Gilgen am Wolfgangsee seinen Urlaub, und dort fanden in den folgenden Jahrzehnten unzählige Begegnungen mit Politikern aus Deutschland, Österreich und den übrigen europäischen Ländern statt, die teils bedeutsame historische Folgen hatten. So kündigte Walter Scheel bei einem Treffen Ende der 1960er Jahre an, spätestens der übernächste deutsche Bundespräsident zu sein, was er nach Gustav Heinemann auch 1974 wurde.³ Im Januar 1976 überredete Kohl den langjährigen Generalintendanten des österreichischen Rundfunks, Gerd Bacher, sein politisch-publizistischer Berater für den bevorstehenden Bundestagswahlkampf zu werden,⁴ mit dem er im Herbst 1976 beinahe den Machtwechsel erreicht hätte. Zu Ostern desselben Jahres kam bei einer Unterredung mit Kurt Biedenkopf in Schruns bei Kohl Misstrauen gegenüber dem CDU-Generalsekretär auf, das ihr persönliches Verhältnis nachhaltig beeinträchtigte.⁵ Auch seine Ministerriege formte Kohl im Sommer 1976 in Österreich.⁶ Kohl pflegte hier stets Kontakt mit den führenden ÖVP-Politikern.

Aber auch nicht zustande gekommene Treffen in Österreich umgab lange ein Odium des Konspirativen. So wurde geunkelt, Hans-Dietrich Genscher habe im Sommerurlaub 1982 den kurzen Sprung vom Fuß des Watzmanns oberhalb von Berchtesgaden zum Wolfgangsee genutzt, um mit Helmut Kohl den Machtwechsel in Bonn vorzubereiten. Richtig ist wohl, dass Kohl Genscher bei der Verabschiedung in den Urlaub in Bonn versicherte, er, Genscher, müsse – bei allem was er tue – wissen, dass er nicht ohne Netz turne. Was letztlich heißen sollte: Ich, Kohl, bin bereit, zur Koalition, falls auch Du, Genscher, dazu bereit bist. Angeblich haben sich beide nie im Urlaub in Österreich getroffen.⁷

Legendäres ist auch über das erste Treffen mit der britischen Premierministerin Margret Thatcher 1984 bekannt, die zur gleichen Zeit Urlaub in Österreich machte und zu einem zwanglosen Gedankenaustausch nach Sankt Gilgen kam. Nach einem einstündigen Gespräch verlor Kohl die Lust, schob Termine

2 Helmut Kohl: *Erinnerungen 1930–1982*, München 2004, S. 108.

3 Ebd., S. 249f.

4 Ebd., S. 401f.

5 Ebd., S. 447. Zum Verhältnis von Kohl und Biedenkopf: Hans-Peter Schwarz: *Helmut Kohl. Eine politische Biographie*. 2. Aufl. München 2012, S. 166–176.

6 Kohl: *Erinnerungen 1930–1982*, S. 408.

7 Ebd., S. 622.

vor und vergnügte sich lieber bei Kaffee und Kuchen in einem Café.⁸ Dass der Verlauf des *Rencontres* die Stimmung der Eisernen Lady nachhaltig vermieste, vermag verständlich sein. Ähnliche Missstimmung produzierte die Auseinandersetzung mit Bundeskanzler Franz Vranitzky, als dieser angesichts der Bedenken und Ängste in der österreichischen Bevölkerung den deutschen Kollegen über den Verzicht Österreichs auf die Kernenergie informierte und bat, den Weiterbau des Kernkraftwerks in Wackersdorf noch einmal zu überdenken.⁹ Nicht weniger heftig verliefen Kontroversen über die Behandlung des österreichischen Bundespräsidenten Kurt Waldheim wegen dessen NSDAP-Mitgliedschaft. Die jahrelange vom Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses, Edgar M. Bronfman, betriebene Kampagne gegen Waldheim empfand Kohl als schreiende Ungerechtigkeit.¹⁰

Solidarität der christlich-demokratischen Parteienfamilie, ein offenes Wort, klare Interessen artikulieren und vom Gedankenaustausch profitieren – das waren für Kohl wichtige Voraussetzungen für das Zusammenwachsen Europas. Seine 25-jährige Amtszeit als Parteivorsitzender der CDU von 1973 bis 1998 bescherte ihm nicht nur von Jahr zu Jahr mehr Erfahrungen und größeres politisches Gewicht, vor allem als Bundeskanzler ab 1982. In all den Jahren wechselten auch seine Partner, während er selbst ein großes Maß an politischer Kontinuität verkörperte. Auf Seiten der Schwesterpartei ÖVP erlebte er in seiner Zeit als CDU-Vorsitzender sechs Bundesparteiobermänner. Als Kohl 1973 den Parteivorsitz übernahm, führte Karl Schleinzer die ÖVP, der bekanntlich mitten im Wahlkampf 1975 tödlich verunglückte. Seinen Nachfolger, den Bankmanager Josef Taus, lud Kohl 1976 ein, auf dem 24. Bundesparteitag der CDU im Mai 1976 in Hannover zu sprechen.¹¹ Der Parteitag stand bezeichnenderweise unter dem Motto „Aus Liebe zu Deutschland – Freiheit statt Sozialismus“.

Beide christlich-demokratischen Parteien befanden sich damals in der Opposition, beide Parteien erlebten in den 1970er Jahren programmatische Neuorientierungen. Die ÖVP verortete sich als „christliche Partei“ in ihrem Salzburger Programm von 1972 in der „progressiven Mitte“ und bekannte sich zu einer „partnerschaftlichen Gesellschaft“. Das war Ausdruck des damaligen Zeitgeistes, ein stärkeres emanzipatives Miteinander zu suchen. Zur gleichen

8 Helmut Kohl: *Erinnerungen 1990–1994*. München 2007, S. 61.

9 Helmut Kohl: *Erinnerungen 1982–1990*. München 2005, S. 448f.

10 Ebd., S. 836f. Dazu Äußerungen Kohls 22. April 1996 und 9./10. Januar 1998, in: Helmut Kohl: *Lageberichte 1989–1998*. Bearb. von Günter Buchstab/Hans-Otto Kleinmann (*Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte* 64). Düsseldorf 2012, S. 746f., 958.

11 Kohl: *Erinnerungen 1930–1982*, S. 403. Rede Taus', 24. Mai 1976, in: 24. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Niederschrift, Hannover, 24.–26. Mai 1976. Hg. von der Christlich Demokratischen Union, Bundesgeschäftsstelle, Bonn o.J. S. 140–144.

Zeit setzten in der CDU programmatische Diskussionen ein, die aufgrund der Arbeiten der Von-Weizsäcker-Kommission 1978 zur Verabschiedung des neuen Ludwigshafener Grundsatzprogramms führten.¹² Es schärfte – besonders auf Drängen Kohls – das Profil der CDU und definierte erstmals umfassend die Werteüberzeugungen Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit als Grundelemente christlich-demokratischer Politik. Hinzu kamen die Bindung des Staates an die Menschenwürde, das Bekenntnis zur repräsentativen Demokratie in Zeiten linker Kritik an der parlamentarischen Demokratie mit ihrem Mehrheitsprinzip und terroristischer Bedrohung in Europa. Kohl trieb in der Phase der Opposition die Reform der CDU zu einer modernen Volkspartei durch parteiinterne Umorganisation voran. Er legte damit sowohl programmatische wie institutionelle Grundsteine für die Regierungsübernahme der CDU im Jahre 1982. Ähnliche Entwicklungen waren in der ÖVP zu beobachten. Nach dem Rücktritt von Josef Taus leitete auch der neue Parteiboss Alois Mock 1979 umfassende Reformen ein. Er stärkte die Einheit der Bundespartei, indem er die Ansprüche der Bünde zurückdrängte und mit dem Parteipräsidium ein neues Entscheidungszentrum der Partei etablierte. Zu Anfang des neuen Jahrzehnts, an dessen Ende Europa vollständig verändert war, standen ÖVP und CDU vor durchaus vergleichbaren Herausforderungen. Beide Parteien fanden Antworten und gelangten wieder an die Macht.

Alois Mock sah wie Helmut Kohl die Notwendigkeit, durch Förderung der Wirtschaftskräfte das Wachstum anzukurbeln, die Kaufkraft zu erhöhen und Steuern zu senken, damit die Nachfrage wächst.¹³ Neben der Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses, wozu die sozialliberale Regierung Helmut Schmidt und Hans-Dietrich Genscher wegen zunehmender Widerstände vom linken Flügel der SPD nicht mehr imstande war, bedeutete für Kohl die Haushaltskonsolidierung das A und O bundesdeutscher Innenpolitik in den 1980er Jahren. Nur durch einen massiven Kurswechsel in der Wirtschafts- und Finanzpolitik ließ sich die Talfahrt bremsen.¹⁴ Dass diese Maßnahmen wichtige Voraussetzungen für die Fortsetzung des europäischen Einigungsprozesses und die Bewerkstelligung der Wiedervereinigung sein würden, war damals nicht absehbar.

Die Reformen Mocks brachten die ÖVP wieder in das Fahrwasser der Regierungsbeteiligung. Bei den Nationalratswahlen 1983 verlor die SPÖ ihre ab-

12 Dazu Richard von Weizsäcker (Hg.): CDU Grundsatzdiskussion. Beiträge aus Wissenschaft und Politik. Gütersloh 1977. Grundsatzprogramm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, in: 26. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Niederschrift, Ludwigshafen, 23.–25. Oktober 1978, Anhang I, S. 1–62.

13 Martin Eichinger/Helmut Wohnout: Alois Mock. Ein Politiker schreibt Geschichte. Wien u. a. 2008, S. 91f.

14 Die Wende 1982/83: Der Beginn der Ära Kohl, in: Historisch-Politische Mitteilungen 19 (2012), S. 161–251.

solute Mehrheit, die ÖVP gewann an Stimmen, konnte 1986 mit Kurt Waldheim den Bundespräsidenten stellen und stand bei den Wahlen 1986 als zweitstärkste Kraft mit nur wenigen Stimmen hinter der SPÖ wieder auf Augenhöhe. Die große Koalition unter Franz Vranitzky und Alois Mock war die logische Folge. Als Außenminister bereitete Mock Österreich auf den Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften vor, die sich anschickte, die Eurosklerose zu überwinden. Maßgeblich hatten dazu die Beschlüsse des Stuttgarter Ratsgipfels im Juni 1983 während der deutschen Präsidentschaft beigetragen. Auf Kohls Vermittlung gelang die grundsätzliche Verständigung über die Erweiterung der Gemeinschaft um Spanien und Portugal, den Ausbau der Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik sowie in den Bereichen Kultur und Justiz, vor allem bei der Verbrechensbekämpfung, sowie die vermehrte Anwendung von Mehrheitsentscheidungen im Rat.¹⁵ Nach langen Auseinandersetzungen über Thatchers Geldforderungen nach Rückzahlungen von nicht ganz einem Drittel der Leistungen zum EG-Haushalt kam außerdem die Einigung über die Erhöhung der EG-Finanzmittel zustande.¹⁶ Damit waren wichtige Weichen für Vorentscheidungen über die Einheitliche Europäische Akte 1987, Maßnahmen für eine strengere Haushaltsdisziplin und dem Vertrag von Maastricht 1991 getroffen.¹⁷

In den 1980er Jahren zeichneten sich Mock und Kohl durch ihre Bereitschaft aus, unpopuläre Maßnahmen mitzutragen und den Menschen Einschnitte zuzumuten, um ihre Staaten wirtschaftlich auf die neuen Herausforderungen einer ständig wachsenden Weltwirtschaft vorzubereiten. Gerade bei der Bekämpfung der Verschuldungspolitik und der Sicherung der Arbeitsplätze auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft lagen Kohl und Mock auf einer Linie. Die ÖVP gab sich sogar noch einen Schritt moderner und implementierte Ende 1989 in Josef Rieglers Phase als Parteiohmann das Konzept der „Ökosozialen Marktwirtschaft“, das 1995 Eingang in das Grundsatzprogramm fand und zum zukunftsweisenden Leitmotiv der Partei wurde. Alfred Müller-Armack, der in Deutschland als Vater der Sozialen Marktwirtschaft gilt, hätte sicher seine Freude daran gehabt. Immerhin wies er schon 1960 in seinen Betrachtungen über die neue zweite Stufe der Sozialen Marktwirtschaft auf die Notwendigkeit hin, stärker darauf zu achten, dass Ökonomie und Ökologie in einem ausgewogenen Verhältnis stehen.¹⁸

Trotz aller gegenseitigen Wertschätzung zwischen CDU und ÖVP gab es aber auch Reibungspunkte. Mocks großes Anliegen war, die Europäische De-

15 Kohl: *Erinnerungen 1982–1990*, S. 157.

16 Ebd., S. 282–284.

17 Ebd., S. 159.

18 Alfred Müller-Armack: *Die zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft. Ihre Ergänzung durch das Leitbild einer neuen Gesellschaftspolitik*, in: Ders./Fritz W. Meyer (Hg.): *Studien zur Sozialen Marktwirtschaft*. Köln 1960, S. 267–292.

mokratische Union (EDU), den Zusammenschluss der christlich-demokratischen und konservativen Kräfte in Europa weiter voranzutreiben. Er hatte die Gründung 1978 mit betrieben und für enge Abstimmungen der Parteiführer gesorgt; gleichwohl nicht ganz ohne eigene ÖVP-Interessen. Denn als Nichtmitglied der EG war die ÖVP von den politischen Abstimmungsprozessen im Rahmen der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament abgeschnitten. Mock zielte darauf ab, die EDU zum eigentlichen Kern des christdemokratischen Konzerts zu machen, insbesondere nachdem der ÖVP in der EVP-Fraktion ein Beobachterstatus versagt worden war.¹⁹ Kohl begrüßte zwar einerseits die engere Abstimmung der christdemokratischen Parteien in der EDU, sah aber andererseits auch die Gefahr einer Doppelung zur EVP-Fraktion selbst, die unnötige Reibungen produzierte. Wichtiger war ihm, die christlich-demokratischen Kräfte aus den Reihen des Europäischen Rats, des Europäischen Parlaments und Teilen der EG-Kommission an einem Tisch zu versammeln, um das Vorgehen beim europäischen Einigungsprozess aufeinander abzustimmen.²⁰ Das Problem löste sich erst mit der Aufnahme Österreichs in die EU.

Helmut Kohl war sich sehr wohl bewusst, dass die Öffnung der österreichisch-ungarischen Grenze durch Alois Mock und Gyula Horn am 27. Juni 1989 nicht nur ein wichtiger Meilenstein zum Fall der Mauer am 9. November war.²¹ Dieser Akt war zugleich Ausdruck Österreichs, eine aktive Rolle in Europa spielen zu wollen.²² Immerhin waren sich nach zähem Ringen Mock und Vranitzky über den weiteren Weg zum EG-Beitritt Österreichs einig geworden, hatte das Parlament den Beitrittsantrag der Regierung im Juni 1989 gutgeheißen und im Juli offiziell das Beitrittsgesuch gestellt. Dass Otto von Habsburg als Präsident der Paneuropa-Union mit dem Picknick in Sopron das Tor für viele DDR-Bürger zum Westen öffnete, hat Kohl nie vergessen.²³

Kohl sah in Österreich aus mehreren Gründen einen natürlichen Partner: Für ihn bedeutete der EG-Beitritt Österreichs eine Stärkung des christlich-demokratischen Gedankens durch die ÖVP. Auch war ihm klar, dass die deutsche Sprache eine breitere Unterstützung erfahren würde. Bei der Überwindung der Teilung Europas wurde von ihm immer wieder Österreich genannt, wenn es

19 Eichtinger/Wohnout: Alois Mock, S. 145–149, hier S. 147.

20 Zur Rolle dieser Abstimmungen im Vorfeld der Verhandlungen des Maastricht-Vertrages: Karl Magnus Johansson: Another Road to Maastricht: The Christian Democrat Coalition and the Quest for European Union, in: *Journal of Common Market Studies* 40 (1992) 3, S. 871–893.

21 Kohl: *Erinnerungen 1982–1990*, S. 910.

22 Gespräch Kohl–Bush, 30. Mai 1989, in: *Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90. Dokumente zur Deutschlandpolitik*. Hg. vom Bundesministerium des Innern unter Mitwirkung des Bundesarchivs. Bearb. von Hanns Jürgen Küsters/Daniel Hofmann. München 1998, S. 275f.

23 Kohl: *Erinnerungen 1982–1990*, S. 915.

um die finanziellen Hilfen für Staaten Osteuropas im Pariser Club ging.²⁴ Und die deutsch-österreichischen Beziehungen könnten als Vorbilder für künftige Beziehungen zu anderen Nachbarstaaten gelten, gedacht wurde dabei an das deutsch-polnische Verhältnis.

Doch erkannte Kohl auch Gefahrenpunkte. Als er gegen Ende November 1989 auf dem Zukunftsbundesparteitag der ÖVP in Graz sprach, erschien in dieser Woche auf dem Titelblatt von „Profil“ „Der schlafende Riese“ in Gestalt einer überernährten Bundesrepublik, der die Muskeln spannte. Für Kohl war dieses Bild Warnung genug, mit sehr viel Klugheit gegenüber kleineren Nachbarn vorzugehen. Auf jeden Fall wollte er den Eindruck vermeiden, das wiedervereinigte Deutschland werde kleinere Mitgliedstaaten in Europa dominieren.²⁵

Bei aller Unterstützung, die Kohl dem Beitritt mit seinem Einfluss im Europäischen Rat und gegenüber der EG-Kommission angedeihen ließ, behielt er stets auch die Probleme Österreichs im Auge, besonders wenn es darum ging, die europäische Integration in Richtung einer Politischen Union weiterzuentwickeln, was unweigerlich Fragen der Sicherheitspolitik tangieren würde.

Die Probleme Österreichs waren ihm offenkundig, weil dann der Neutralitätsstatus nur mit erheblichen Verrenkungen aufrechtzuerhalten wäre. Angesichts der angestrebten neuen außenpolitischen Rolle Österreichs hielt Kohl die Neutralitätserklärung von 1955 für überholt. Sie war aus seiner Sicht damals eine vorübergehend notwendige, aber nicht dauerhafte und keineswegs mehr zeitgemäße Doktrin angesichts der westlichen Orientierung und Weiterentwicklung Österreichs.

Zwar rechnete Kohl bereits 1990 fest mit der Aufnahme Österreichs in die EG, doch war er sich ebenso dem veränderten Kräftegleichgewicht in Europa bewusst. Bei allen Diskussionen um die NATO-Mitgliedschaft des wiedervereinigten Deutschlands hatte er im Hinterkopf, dass die damals Neutralen künftig – wie er es nannte – „nicht mehr so neutral sein [könnten] wie heute“. Schweden könne gut neutral sein, weil die Nachbarn Norwegen und Dänemark Mitglieder der NATO seien, von Österreich sei erst gar nicht zu reden. Mit der Überwindung des Eisernen Vorhangs würde sich die Statik Europas entscheidend verschieben.²⁶

Das traf ebenso für das Binnenverhältnis in einer erweiterten EG zu. Kohl hielt es für durchaus möglich, dass sich Österreich und später Ungarn als kleinere Staaten gegen die Großen in der EG zusammenschließen könnten. Den historischen Grund für eine deutsch-österreichische Interessendivergenz sah Kohl in dem Trianon-Vertrag von 1920. Dieser habe damals zur Verlagerung

24 Gespräch Kohl–Geremek, 7. Juli 1989, in: Deutsche Einheit, S. 343.

25 Kohl: Lageberichte 1989–1998, 27. November 1989, S. 58.

26 Ebd., 11. Juni 1990, S. 145.

der Orientierungsachse Deutschlands in den Osten geführt. Nach dem Zweiten Weltkrieg habe sich die Achse Deutschlands nach Westen verschoben, bedingt durch die rheinische Mentalität, was nicht immer im Interesse Österreichs war.²⁷

Im Februar 1990 stimmte Kohl dem Szenario Mitterrands zu, es könne durchaus sein, dass Italien versuchen könnte, einige Länder Mitteleuropas um sich zu scharen und eine Föderation mit Jugoslawien, Österreich und Ungarn eingehen wolle. Dies wäre ein gefährlicher Weg.²⁸ Kohl und Mitterrand waren sich also keineswegs sicher, ob Österreich den deutsch-französischen Motor ohne Weiteres akzeptieren werde. Wiederum wäre Österreich ohne die Unterstützung dieses Tandems nie Mitglied der EG geworden.

Auf der Grundlage des Vertrags von Maastricht vom Februar 1992 sollten – so hatten es die Staats- und Regierungschefs auf ihren Gipfeltreffen im Dezember 1992 in Edinburgh vereinbart – Anfang 1993 die Beitrittsverhandlungen mit Österreich, Schweden und Finnland aufgenommen werden, von März 1993 an dann auch mit Norwegen.²⁹ Die von Mock und Vranitzky erfolgreich geführten Beitrittsverhandlungen gipfelten im Juni 1994 bei der Volksabstimmung zum EU-Beitritt in einer großen Zweidrittelmehrheit für den Beitritt Österreichs. Zwar erfüllten sich die Erwartungen der ÖVP nicht, als die erfolgreiche Europapartei bei den Nationalratswahlen im Oktober 1994 mehr Stimmen als die SPÖ für sich zu verbuchen. Doch waren die acht Mandatsverluste bei 27,7 Prozent vor allem auf die Gewinne der FPÖ unter Führung von Jörg Haider zurückzuführen, die 22,5 Prozent erreichte. Begleitet von Diskussionen über den Parteiobmann Erhard Busek schadete sich die ÖVP in dieser Phase auch selbst und kam erst wieder mit der Wahl von Wolfgang Schüssel in ruhigeres Fahrwasser.

Helmut Kohl forcierte den Beitritt nicht nur aus seiner austrophilen Haltung, sondern vor allem auch, weil er im Herbst 1994 selbst vor Bundestagswahlen stand und dort den Integrationsfortschritt als Erfolg seiner Europapolitik darstellen wollte. Gleichwohl besaß er ein sicheres Gespür dafür, die Menschen aus dem Nachbarland nicht zu überfordern. Charakteristisch dafür war seine Einlassung im Oktober 1992 vor dem CDU-Bundesparteivorstand, als er den „Idiotenkrieg“ im südbayerischen Raum anprangerte, „weil irgendein Narr auf den Gedanken“ kam, Marillenmarmelade in der EU künftig „Aprikosenmarmelade“ zu nennen. Kohl wörtlich: „Für einen, der aus Wien kommt und seit Königgrätz eine bestimmte Haltung zu Deutschland hat, heißt das, daß ihm die Piefkes jetzt auch noch die Sprache rauben wollen. Das alles ist so unsinnig

27 Gespräch Kohl mit dem israelischen Außenminister Arens, 15. Februar 1990, in: Deutsche Einheit, S. 842.

28 Gespräch Kohl–Mitterrand, 15. Februar 1990, ebd., S. 849.

29 Kohl: Erinnerungen 1990–1994, S. 521.

wie ein Kropf.“ Er forderte eine Regelung, „diesen Unsinn national“ zu „kapfen“, denn in vielen Fällen würden solche Forderungen „über Interessenvertretungen ins Europäische Parlament gehievt“. Man müsse den Leuten deutlich machen, dass genau dies nicht beabsichtigt sei. Subsidiarität heiße, auf der Ebene zu entscheiden, die dazu am besten qualifiziert sei.³⁰ Kohl dachte also in nationalen und europäischen Angelegenheiten viel praktischer als manche ihm das zugetraut hätten.

Wie gut Kohl über die jeweilige politische Lage in Österreich bis in Details hinein informiert war, lässt sich an einem anderen Beispiel belegen. Nach den Landtagswahlen im März 1994 gab er eine dezidierte Lageeinschätzung aus der Perspektive der Schwesterpartei ÖVP ab. Die pauschale Polemik Haider habe nicht „getragen“. Angesichts der Ergebnisse könne „keine Rede davon sein, dass der EG-Beitritt den Parteien der großen Koalition in Wien einen Rückschlag gebracht“ habe. Kohl führte aus: „Die SPÖ hat in Kärnten 8 Prozent verloren. Die FPÖ hat 5 Prozent gewonnen. Die ÖVP hat fast 3 Prozent gewonnen, das ist der Landeshauptmann, der zwar tüchtig, aber einsam an der Front kämpft“ – gemeint war Christof Zernatto. Kohl weiter: „Ob Haider dort Landeshauptmann wird, ist noch die Frage, weil die anderen allemal mehr Stimmen haben. Das ist aber auch ein Sonderfall. Wenn Sie dann Tirol nehmen, hat sich dort die ÖVP mit 45,9 Prozent gehalten und nur knapp zwei Prozent verloren, das heißt, sie hat mit 19 Mandaten die absolute Mehrheit. Der große Einbruch der Grünen, der erwartet wurde, ist nicht erfolgt. Die Grünen haben eine Zunahme von zwei Prozent, die SPÖ hat einen Verlust von 2,9 Prozent, und die FPÖ hat 0,4 Prozent plus. Man kann also nicht sagen, dass Tirol gegen den Beitritt abgestimmt hat. In Salzburg gibt es eine Sondersituation wegen der grün-konservativen Bürgerpartei, die man nicht mit unseren Grünen vergleichen kann. Da steckt nach unseren Verhältnissen eine Situation der Freien Listen drin, auch kulturell. Dort hat die ÖVP 38,6 Prozent und damit fünf Punkte verloren, die SPÖ hat 27,1 Prozent und vier Punkte verloren, die FPÖ hat drei Prozent gewonnen – angesichts der Kampagne ist das auch nicht die Welt –, und dann ist diese Freie Liste, in denen aber Grüne stecken, mit 7,2 Prozent. Das heißt, alle drei Landeshauptleute werden im Amt bleiben. Von einem dramatischen Erdrutschergebnis gegen den Beitritt zur EG kann gar keine Rede sein. Ich halte das im Blick auf unsere Bemühungen in Sachen Beitritt für sehr wichtig.“³¹

Der Beitritt Österreichs zur EU³² hatte für Kohl nicht nur Bedeutung für das europäische Kräfteparallelogramm. Hoherfreut sah er die ÖVP vor den Nationalratswahlen im Dezember 1995 allmählich wieder im Aufwind. Mit Wolf-

30 Kohl: Lageberichte 1989–1998, 5. Oktober 1992, S. 390.

31 Ebd., 14. März 1994, S. 560.

32 Eichtinger/Wohnout: Alois Mock, S. 253–262.

gang Schlüssel sei „die große Gefahr, daß Haider die Nummer zwei wird und die Volkspartei abrutscht“, gebannt. Die Partei, so Kohl vor dem CDU-Bundesvorstand weiter, habe „enorm an Selbstbewußtsein gewonnen. Für uns hätte das den Vorteil, daß eine Verstärkung der Volksparteiposition in Österreich insgesamt eine Verstärkung unserer Position in der Europäischen Union bedeutet, zumal sich – ich will das bei dieser Gelegenheit sagen – mit dem Beitritt der nordischen Länder die parteipolitische Struktur in der EU verändert hat. Wir haben jetzt zum ersten Mal viel schärfer konturierte parteipolitische Akzente in der Führung der Europäischen Union als früher. Das ist kein Zufall. Das ist nicht zuletzt durch die Schweden und die Österreicher mit hineingebracht worden.“³³

Es wäre jedoch falsch, daraus den Schluss zu ziehen, Kohl sei aufgrund seiner Sympathie für Österreich dem Land gegenüber unkritisch gewesen oder hätte nicht unterschiedliche Interessen gesehen. Große Koalitionen von Christlichen Demokraten und Sozialdemokraten waren ihm im Innersten ein Graus. Jene Gruppen in der deutschen Gesellschaft – in der Wirtschaft wie bei den Gewerkschaften –, die danach trachteten, auf diesem Wege Probleme besser lösen zu können, bescheinigte er, unter dem „Österreich-Syndrom“ zu leiden.³⁴ Kohl war ein Anhänger klarer Abgrenzung, die das Profil der Christlichen Demokraten schärfte und nicht in einem Dschungel von Kompromissen die Abgrenzungen verwischte. Das ist kein Widerspruch zu seinem Regierungsstil, der stets von dem Bemühen geprägt war, mit dem Koalitionspartner im Vorfeld politischer Entscheidungen Konsens herzustellen.

Dass Kohl dabei oft mit den deutschen Medien im Clinch lag, ist bekannt. Doch blieben auch die österreichischen Medien nicht von seiner Abneigung verschont. Als der ORF Ende August 1995 Bilder von den „Chaos-Tagen“ in Hannover zeigte, wo sich angereiste Punks Straßenschlachten mit der Polizei lieferten, war das für Kohl „eine totale Katastrophe für die Reputation“ Deutschlands. Er „habe zufällig im Urlaub die hinterfotzige Berichterstattung des ORF in dieser Sache beobachten können, mit ihrem ganzen Wiener antideutschen Komplex“, berichtete Kohl dem CDU-Bundesvorstand. „Einem normalen Menschen wie dem Postenkommandanten von St. Gilgen, der gerade bei mir war und sich das mit angesehen hat, kann man nicht erklären, daß man solche Bilder zeigt.“³⁵

Das Bild Deutschlands in Österreich war ihm auch deshalb wichtig, weil er in seinen europäischen Überlegungen immer auf die Unterstützung Österreichs baute – so zum Beispiel bei den Verhandlungen über die Fortführung der bis Ende 1999 auslaufenden Regelung der EU-Finanzausstattung, den Verhand-

33 Kohl: Lageberichte 1989–1998, 4. Dezember 1995, S. 710.

34 Ebd., 30. August 1993, S. 486.

35 Ebd., 28. August 1995, S. 695.

lungen im Rahmen von GATT und WTO, wo es ab 1999 um weltweite Liberalisierung ging, oder bei Beratungen über Fonds und Vorschläge in den Bereichen Struktur- und Agrarpolitik. Denn in der zweiten Hälfte des Jahres 1998 hatte Österreich erstmals die EU-Präsidentschaft inne. Daher war es in Kohls Interesse, dass diese Fragen nach Möglichkeiten rechtzeitig zum Abschluss kommen würden. Andernfalls müssten sie in der ersten Hälfte des Jahres 1999 – während der deutschen Präsidentschaft – zu Ende gebracht werden.³⁶ Vielleicht war es Ironie der Geschichte, dass die Ära Kohl ausgerechnet unter österreichischer Präsidentschaft in der zweiten Hälfte des Jahres 1998 zu Ende ging und der deutsche Bundeskanzler auf dem Ratsgipfel in Wien nach Jean Monnet zum zweiten Ehrenbürger Europas ernannt wurde.

Kohls europapolitische Vorstellungen

Was die europapolitischen Vorstellungen und Ziele Helmut Kohls anbelangt, so ließ er sich im Wesentlichen von vier Grundüberzeugungen leiten: (1) Durch Integration Frieden und Wohlstand aller in Europa sichern, das entsprach seit Adenauers Tagen den europapolitischen Grundvorstellungen eines jeden guten Christdemokraten. (2) Die Fortentwicklung der europäischen Integration mit dem Ziel einer politischen Einigung, dessen eigentlicher Motor die Deutschen gemeinsam mit den Franzosen sein würden, und die deutsch-amerikanischen Beziehungen, ein starkes atlantisches Bündnis, waren die zentralen Bezugspunkte seines Handelns. (3) Europäische Einigung bedeutete für Kohl zuvörderst, den Frieden in Freiheit zu sichern und die freiheitliche und demokratische Ordnung zu gewährleisten. Die Organisation der europäischen Zusammenarbeit konnte aber auf dieser Grundlage seines Erachtens nur gelingen, wenn die politische Union verwirklicht würde.³⁷ (4) Dabei kam es ihm darauf an, die kulturelle Dimension des Einigungsprozesses nicht aus den Augen zu verlieren. Denn die gemeinsame Kultur war und ist für ihn das stärkste Band, das die Europäer eint. Gerade die Mittel- und Osteuropäer hätten dieses Zusammengehörigkeitsgefühl für die kulturelle Einheit Europas unter Beweis gestellt.³⁸

Kohl hatte bei allen integrationspolitischen Entscheidungen vier Rahmenbedingungen zu gewärtigen. Zum einen musste bis 1989/90 jeder engere Zusammenschluss Westeuropas mehr oder weniger unter dem Diktum des Ost-West-Konflikts gesehen werden, der vier Jahrzehnte half, die Westeuropäer

36 Ebd., 9. Februar 1998, S. 969f.

37 Regierungserklärung Kohl, 4. Mai 1983, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, Bd. 124, S. 56–74, insbes. S. 67–69.

38 Rede Kohl anlässlich der Verleihung des Europapreises für Staatskunst der Stiftung F.V.S. in Straßburg, 12. Dezember 1991, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, Nr. 137, 3. Dezember 1991, S. 1115–1117.

zusammenzuschweißen. In den Erfolgen der europäischen Einigung lag für den Kanzler eine der tieferen Ursachen für die Umwälzungen in Osteuropa. Dabei spielten die Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses und die Stationierung der Pershing-IIa-Raketen in den ersten Regierungsjahren eine entscheidende Rolle.³⁹ Zudem hatten alle Integrationsschritte deutschlandpolitisch kompatibel zu sein. Denn solange die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands Ziel bundesdeutscher Politik war und eine Wiedervereinigung für Kohl stets nur unter dem Vorzeichen der Westbindung eine reale Option darstellte, musste die Tür offen bleiben, die DDR eines Tages in die Europäischen Gemeinschaften aufzunehmen. Für ihn gab es langfristig in der Entwicklung der deutschen Frage kein Entweder-oder, sondern nur ein Sowohl-als-auch – sowohl das Streben der Deutschen nach der Einheit als auch ihre Integration in die EG.⁴⁰ Die ziemlich lautlos verlaufende Einbettung der DDR in die EU hatte der Kanzler nicht zuletzt dem engen Zusammenwirken mit Jacques Delors zu verdanken.

Zu keinem Zeitpunkt seiner Amtszeit wollte Kohl die europäische Statik ins Wanken bringen.⁴¹ Er war kein Revolutionär, weder in der Integrations- noch in der Deutschlandpolitik. Er setzte auf sukzessive Veränderungen, hoffte auf evolutionäre Prozesse, in denen sich die Menschen Schritt für Schritt auf neue Gegebenheiten einstellen können. Kohl strebte – vergleichbar mit dem deutschlandpolitischen Postulat – in Westeuropa einen Zustand des Friedens an, in dem die europäischen Völker in freier Selbstbestimmung und auf der Basis der Prosperität eine Einheit erlangen und sich gegenüber den anderen Zentren der Welt behaupten können. Die Überwindung der Teilung Deutschlands müsste einhergehen mit der Überwindung der Teilung Europas im Rahmen einer stabilen Friedensordnung.⁴² In der Attraktivität des EG-Modells für die Staaten Ostmitteleuropas, die nach 1990 schon bald als Beitrittskandidaten auftraten, sah Kohl eine Herausforderung, aber auch Verpflichtung zur Hilfe beim Aufbau moderner freier westlicher demokratischer Staaten. Länder wie Polen, Ungarn, Tschechien und die Slowakei waren für Kohl unverzichtbarer Bestandteil des neuen Europas.

Hinzu kam ein geostrategisches Moment. Seiner Ansicht nach würde die Entwicklung des europäischen Kontinents künftig nicht mehr von der Kriegskunst, sondern von der Technologie bestimmt werden. Insbesondere bewegte ihn die Vorstellung, dass gemeinsame Wirtschaftsinteressen und Technologieentwicklungen Kriege unwahrscheinlicher machen. Deshalb müsse ihre Frieden stiftende Wirkung unterstützt werden. Um die Jahrtausendwende, so mein-

39 Gespräch Kohl–Roh Tae Woo, 21. November 1989, in: Deutsche Einheit, S. 561–563.

40 Gespräch Kohl–Delors, Bonn, 5. Oktober 1989, ebd., S. 443–447.

41 Gespräch Kohl–Gorbatschow, Bonn, 12. Juni 1989, ebd., S. 276–287.

42 Dazu Vorlage Teltschik (Bitterlich) an Kohl, 17. November 1989, ebd., S. 541–546.

te er 1989, würde es drei regionale Schwerpunkte geben: Japan, Korea und Südostasien, die Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada sowie Europa. Europa brauchte keine Angst vor der technologischen Herausforderung zu haben, wenn es sich weiter integrieren würde.⁴³

Die Überwindung der Teilung Deutschlands sollte mit der Überwindung der Teilung Europas im Rahmen einer stabilen Friedensordnung einhergehen. Dazu galt es, die drei Ziele – europäische Wirtschafts- und Währungsunion, Politische Union und Unterstützung des Reformprozesses in Mittel- und Osteuropa – in Einklang zu bringen.

Wie sah Kohls Vision von Europa aus? Die Verwirklichung der Einigung Europas bemaß sich seines Erachtens „nicht nach Monaten und Jahren und nicht allein nach Konferenzen und Beschlüssen“, sondern „in historischen Zeiträumen“, in denen auch Adenauer stets dachte und argumentierte. Dabei erinnerte er gerne an Adenauers Wort: „Europa, das ist wie ein Baum, der wächst, aber nicht konstruiert werden kann.“⁴⁴

„Die Frage des Baus des europäischen Hauses unter irreversibler Einbindung des mit Abstand stärksten Landes, Deutschland“, war für ihn „die Frage von Krieg und Frieden im 21. Jahrhundert. Wir können noch so viele Fortschritte in Technologien und Zukunftsinvestition machen, wenn wir den Frieden und die Freiheit nicht garantieren, werden wir scheitern.“⁴⁵

Kohl wollte mit Mitterrand den Kern einer Europäischen Union aufbauen. Eine Union, die sich nicht nur als Gemeinsamer Markt begreift, sondern als Gemeinschaft von Werten einer freiheitlichen, rechts- und sozialstaatlichen Demokratie. Sein langfristiges Ziel war zweifelsohne die Vereinigten Staaten von Europa. Ob sie strikt bundesstaatlich ausgeformt sein sollten, oder ob er vielleicht doch temporär oder auf Dauer zu Kompromissen bereit gewesen wäre, um das Erreichte nicht zu verspielen, was am Ende aber mehr zu einer dem Staatenbund ähnlichen Konstruktion führen würde, bleibt dahingestellt.

Bekanntlich intendierte das Bundeskanzleramt in Bonn im September/Oktober 1989, ein Junktum zwischen dem Einstieg in die Übergangsphase zur europäischen Wirtschafts- und Währungsunion auf der Basis des verabschiedeten Delors-Plans und dem Einstieg in eine grundlegende Diskussion über die Politische Union herzustellen. Ein Konzept, das nach dem Mauerfall und Kohls Zehn-Punkte-Plan nicht mehr durchzuhalten war, weil sich fortan die Diskussion vornehmlich um die Frage drehte, zu welchen Konditionen die DDR den Europäischen Gemeinschaften eingegliedert werden könnte und wie die

43 Gespräch Kohl-Mitglieder Rüstungskontroll-Beobachtergruppe des amerikanischen Senats, Bonn, 1. Dezember 1989, ebd., S. 586–590. Kohl: *Erinnerungen 1982–1990*, S. 155.

44 Interview Adenauers mit Jean Botrot, 24. November 1960, in: *Adenauer Teegespräche 1959–1961* (Adenauer Rhöndorfer Ausgabe). Hg. von Rudolf Morsey/Hans-Peter Schwarz. Bearb. von Hanns Jürgen Küsters. Berlin 1988, S. 387–391, hier S. 387.

45 Kohl: *Lageberichte 1989–1998*, 3./4. Februar 1995, S. 647.

D-Mark in der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion eingebunden würde. Jedenfalls schien ihm 1990 noch nicht die Stunde gekommen zu sein, schnurstracks einen europäischen Bundesstaat anzupeilen.⁴⁶

Zunächst plädierte er für die Verankerung des Subsidiaritätsprinzips, das im Verhältnis zu den Bundesländern und zur Verdeutlichung des föderalen Ansatzes ein Kernelement darstellte, neben der Verankerung von Grundrechten und grundsätzlicher Äußerungen zum Selbstverständnis der Gemeinschaft und ihres Verhältnisses zu anderen europäischen Institutionen wie beispielsweise die KSZE und Eureka. Was das Europäische Parlament anbelangte, so war für Kohl eine Wahlrechtsreform zur Einführung eines einheitlichen Wahlverfahrens in allen Mitgliedstaaten weniger wichtig als die neue Festlegung der Abgeordnetenzahl pro Mitgliedstaat, bei der zum Schutz kleinerer Staaten durch Einführung eines „Sockels“ auf der Grundlage eines gleichen Wahlrechts für alle Stimmberechtigten nach Einwohnerzahl eine größere Anzahl deutscher Abgeordneter herauskäme. Aber auch da neigte Kohl zur Kompromissbereitschaft, da die Deutschen nach der Wiedervereinigung künftig sowieso ein Übergewicht haben würden, das nicht noch mehr ins Gewicht fallen sollte.

Die Schaffung einer Zweiten Kammer, von Frankreich, teils von Großbritannien und einigen Bundesländern wie Bayern befürwortet, empfand der Kanzler nicht als dringend zu lösendes Problem. Kohl plädierte statt dessen dafür, die Sachkompetenzen des Europäischen Parlaments zu verbessern, etwa durch dessen Bestätigung des Kommissionspräsidenten und der Kommissionsmitglieder, ein Misstrauensvotum gegen die Kommission mit Zweidrittelmehrheit, die Kodifizierung des Untersuchungs- und Petitionsrechts oder des Rechts, den Europäischen Gerichtshof anzurufen, wozu ebenfalls eine Zweidrittelmehrheit erforderlich sein sollte. Skeptischer war er in Bezug auf das Initiativ- und Gesetzgebungsrecht des Parlaments, das zumindest eines Vermittlungsverfahrens bedürfte. Zwar hatte er gegen eine Ausdehnung der Haushaltsbefugnisse des Parlaments nichts einzuwenden, doch war ihm sehr wichtig, dass Parlament und Kommission dieses Recht zunächst gemeinsam ausüben und ausgestalten. Bei der Frage der allmählichen politischen „Ausschaltung“ der Macht des Rates, was letztlich die Anerkennung des klassischen Parlamentarismus bedeuten würde, hielt er sich zurück.

Die Schwerpunkte institutioneller Reformvorstellungen des Kanzlers lagen also vornehmlich bei der Stärkung einiger Rechte des Parlaments und der Kommission, die er pragmatisch – je nachdem, was politisch durchsetzbar war – realisieren wollte. Der große Wurf einer Politischen Union war damit jeden-

46 Joachim Bitterlich: Frankreichs (und Europas) Weg nach Maastricht im Jahr der Deutschen Einheit, in: Werner Rouget: Schwierige Nachbarschaft am Rhein. Frankreich-Deutschland. Hg. von Joachim Bitterlich und Ernst Weisenfeld. Bonn 1998, S. 112–123, hier S. 115.

falls nicht auf Antrieb zu verwirklichen. Dafür blieben seine Vorstellungen bei der Lösung konkreter Probleme zu weit hinter den Erfordernissen zurück. Er verhielt sich pragmatisch, strebte zunächst das vermeintlich Realisierbare an, ohne das langfristige Ziel aus den Augen zu verlieren.

Fazit

Helmut Kohl ist aus persönlichen Erfahrungen und politisch sehr austrophil eingestellt. Die österreichischen Christlichen Demokraten hat er stets als Bündnispartner im Prozess der europäischen Einigung angesehen. Daher war für ihn die Unterstützung des Beitritts Österreichs zur Europäischen Union ein Akt der Selbstverständlichkeit, durch den auch die christlich-demokratischen Werte gestärkt wurden. Trotz vielfältiger gemeinsamer Bemühungen mit ÖVP-Politikern, die jeweiligen Parteien zu modernisieren und auf die Herausforderungen der Zukunft einzustellen, stimmte er nicht dem spezifisch österreichischen Kurs zu, in großen Koalitionen einen nationalen Konsens mit den Sozialdemokraten zu betreiben. Kohl wollte Österreich auch nicht im Konzert der Großen in der EU dadurch überfordern, dass den kleineren EU-Ländern zu wenig Mitsprache eingeräumt würde. Vielmehr drängte er hier auf angemessene Berücksichtigung, zumal er sich Österreich mit seiner Wirtschaftskraft am Aufbau der ostmitteleuropäischen Länder beteiligen sollte.

Kohls europa- und integrationspolitische Strategie hat sich durch die Wiedervereinigung Deutschlands und den Zusammenbruch der sowjetischen Herrschaft über Osteuropa 1989/90 nicht grundlegend geändert, er passte sie lediglich den neuen Realitäten an. Zu den unveränderten Paradigmen gehörte das Streben nach vertiefter Integration mit dem Ziel, eine Politische Union zu schaffen, und zwar mittels enger deutsch-französischer Kooperation die europäische Wirtschafts- und Währungsunion zu schaffen, noch nicht oder wenig integrierte Politikbereiche wie die Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Innen- und Rechtspolitik auszubauen und sukzessive institutionelle Reformen einzuleiten, die allmählich zu Kompetenzerweiterungen der EG- resp. EU-Organen führen.

Unverändert blieb auch sein Ziel, die Europäischen Gemeinschaften nicht auf Westeuropa zu beschränken, sondern den mittel- und osteuropäischen Staaten ebenso wie den skandinavischen Staaten den Beitritt zu ermöglichen. Ebenso wenig änderten sich die Motivation, die Staaten Europas durch Wirtschafts- und Technologiekooperation zu befrieden und sie zugleich in der zunehmend internationalen Arbeitsteilung ihre Konkurrenzfähigkeit aufrechtzuhalten und damit Prosperität in Zukunft zu sichern.

Seine Strategie schlug fehl, mit Schaffung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion das Junktim des Einstiegs in die Diskussion über die grundsätzliche Ausrichtung einer Politischen Union zu verbinden. Die politi-

sche Vertiefung der Integration gelang nur wirtschafts- und währungspolitisch und war wegen der Erweiterung, gerade auch so ökonomisch potenter Staaten wie Österreich, Finnland und Schweden, nicht durchsetzbar. Weder politisch noch ökonomisch konnte der Beitritt so wichtiger Staaten wie Österreich und der übrigen Staaten Ostmitteleuropas auf die lange Bank geschoben werden. Das geschah in den 1990er Jahren im Wesentlichen zu Lasten eingehender Diskussionen über die politische Finalität des europäischen Integrationsprozesses. Die Reformen des Maastricht-Vertrages waren dabei die Voraussetzung für das Gelingen der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, die Kopenhagener Kriterien und der Amsterdamer Vertrag ein Schritt zur Konsolidierung der EU-Staaten vor Beginn der anstehenden Beitrittsverhandlungen mit den ostmitteleuropäischen Staaten.